

DIE LINKE
Partei Vorstand

DIE LINKE.

Raju Sharma
Bundesschatzmeister

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24 009 - 460
Telefax: 030/24 009 - 250

bundesschatzmeister@die-linke.de
www.die-linke.de

DIE LINKE. Landesverband Rheinland-Pfalz

Mitglieder des Landesvorstands

Rochusstr. 10-12

55116 Mainz

nachrichtlich:

Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn

Berlin, 26. April 2013

Rückzahlung Darlehen 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie Ihr wisst, besteht seit Mai 2011 eine Darlehensvereinbarung zwischen dem Parteivorstand und dem Landesverband Rheinland-Pfalz. Diese sah ursprünglich vor, dass das zinslose Darlehen in Höhe von 50.000 Euro, beginnend ab dem Jahr 2012 quartalsweise in Raten zu jeweils 6.250,- Euro zurückgezahlt wird. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation des Landesverbandes wurde im Juni 2012 eine Nachtragsvereinbarung geschlossen, um den Beginn der Rückzahlung bis Anfang 2013 zu stunden.

In eurem Finanzplan ist vorgesehen, in 2013 nur 10.000 Euro (statt 25.000 Euro) an den Parteivorstand zurückzuzahlen mit der Begründung, dass es euch trotz Eurer Sparanstrengungen nicht möglich sein wird, das Darlehen in der vorgesehenen Höhe im vorgesehenen Zeitraum abzutragen.

Ich hatte gestern ein Gespräch mit eurem Landesschatzmeister Sebastian Knopf. Dieser hat die Einsparbemühungen seitens des Landesvorstandes ausführlich dargelegt und erklärt, dass Maßnahmen zur Steigerung eurer Einnahmen angestrebt werden. Derartige Maßnahmen sind angesichts der finanziellen Lage eures Landesverbandes zweifellos dringend erforderlich. Dazu zählt auch die in unserer Satzung vorgesehene Streichung von nicht zahlenden Mitgliedern, was nicht nur zu mehr Transparenz und Ehrlichkeit beim innerparteilichen Umgang führt, sondern auch zu einer Senkung der Kosten. Ich weiß, dass diese Maßnahmen oft mühselig und manchmal schmerzhaft sein können; gleichwohl sind sie von unserer Satzung geboten und sinnvoll.

Ungeachtet aller Beteuerungen seitens eures Landesvorstands und trotz massiver finanzieller Unterstützung durch den Parteivorstand sind bisher keine nennenswerten Ergebnisse eurer Anstrengungen zu erkennen. Nach wie vor befindet sich der Landesverband Rheinland-Pfalz mit einem monatlichen Durchschnittsbeitrag von unter 5,- EUR neben dem Landesverband Saar am unteren Ende der Beitragsskala aller Landesverbände. Und obwohl Ihr – wie in der Zielvereinbarung vorgesehen – neben der Landesgeschäftsstelle zwei Regionalgeschäftsstellen mit hauptamtlichen Mitarbeitern und technischer Ausstattung eingerichtet habt, verzeichnet Ihr keinen Mitgliederzuwachs. Eure Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind in der Summe seit 2010 sogar drastisch gesunken. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn die – von den damaligen Bundesgeschäftsführern im Frühjahr 2012 mit einem Preisgeld von 1.500 Euro honorierte – Auszeichnung eures Kreisverbands Kusel für den parteiweit größten

Erfolg bei der Mitgliedergewinnung bei vielen aktiven – und beitragszahlenden – Genossinnen und Genossen bundesweit auf nachträgliches Unverständnis und Verärgerung stößt. Der Unmut wäre möglicherweise noch größer, wenn diese Genossinnen und Genossen Einblick in das Mitgliederprogramm und die dort ausgewiesenen Beitragszahlungen der Verantwortlichen in eurem Landesverband hätten.

Sebastian hat im Namen des Landesvorstandes darum gebeten, die Rückzahlungsmodalitäten entsprechend eurem Finanzplan anzupassen, also auf die volle Rückzahlung der vereinbarten Rate zu verzichten. Dem kann ich gegenwärtig nicht zustimmen. Solidarität ist keine Einbahnstraße und sie muss auf allen Ebenen gelten, also nicht nur zwischen Parteivorstand und Landesvorstand, sondern ebenso zwischen Kreisverbänden und ihrem Landesverband sowie im Verhältnis von Mitgliedern und Funktionären gegenüber der Gesamtpartei.

Aus dem Entwurf eures Rechenschaftsberichtes 2012 ist ersichtlich, dass die Kreisverbände nicht nur zusammen weitaus höhere Geldbestände aufweisen als der Landesverband, sondern auch Forderungen gegen ihn in Höhe von über 80 TEUR gebucht sind. Diese Forderungen sind zum großen Teil nicht erst in 2012 entstanden. Hier liegt großes Potenzial für eine konkrete solidarische Unterstützung durch die Kreisverbände bei der Begleichung der Verbindlichkeiten des Landesverbandes gegenüber dem Parteivorstand – sei es durch eine einmalige finanzielle Beihilfe oder auch einen Rücktritt von den offenen Forderungen auf Zeit im Sinne eines Schuldenschnitts bis zur Wiederherstellung der Liquidität des Landesverbandes.

Erhebliches Potenzial zur Verbesserung der Finanzsituation eures Landesverbandes liegt auch in einer angemessenen Beitragszahlung. Solange Vorstandsmitglieder, Mandatsträger und Kandidaten für Spitzenfunktionen eures Landesverbandes Mitgliedsbeiträge zahlen, die ganz offensichtlich weit unter den Sätzen liegen, die man nach ihrer öffentlich bekannten beruflichen Situation erwarten muss, ist kaum damit zu rechnen, dass Genossinnen und Genossen mit niedrigeren Einkommen ehrliche Beiträge zahlen und Spenden leisten.

Gegenwärtig sehe ich keine Möglichkeit für eine weitere Stundung oder einen Verzicht auf die Forderung des Parteivorstands auf Rückzahlung des euch gewährten Kredits. Sofern Ihr jedoch nachweisbar wirksame Schritte zur Behebung der oben geschilderten Probleme einleitet und somit einen eigenen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Lage eures Landesverbands leistet, will ich gern im Bundesfinanzrat und im Parteivorstand dafür werben, euch auf diesem Weg zu unterstützen. Ich hielte dies insbesondere auch mit Blick auf den Länderfinanzausgleich 2014 und die spätestens dann anstehende Verrechnung mit den Forderungen des Parteivorstands für dringend geboten. Es liegt also an euch. Für Rückfragen stehe ich euch gern zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen



Raju Sharma